

Preisangeben und Einzelgenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Einzelgenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Schluß im Rechtsausschuß.

Die entschädigungslose Enteignung der Standesherrnrenten abgelehnt.

Der Rechtsausschuß des Reichstages besprach bei der Beratung des Fürstenabfindungsgesetzes heute zunächst die Aufwertungsfrage. Auf die gestrige deutschnationale Anfrage erklärte Reichsanwalt Marx: Ich habe erklärt, daß in der Frage der Aufwertung die Fürsten behandelt werden sollen wie alle anderen Staatsbürger. Das ist auch im Gesetz vorgesehen. Grundsätzlich werden die Fürsten gleichmäßig behandelt. Im einzelnen besteht allerdings ein Unterschied zwischen den Angehörigen der Fürstenhäuser und den sonstigen Staatsbürgern in der Behandlung gewisser Leistungen, die sonst der freien Aufwertung unterliegen. Bei dieser Ausnahme handelt es sich aber um eine Einzelheit, auf die hinzuweisen ich um so weniger Anlaß hatte, als ich mich bei der Unterredung ohnehin auf die Bestimmungen des Entwurfs bezog.

Genosse Rosenfeld fragt an, ob die Regierung dann nicht wenigstens eine Erklärung abgeben wolle, durch die es ausgeschlossen werde,

daß Fürsten, wie es vorgekommen sei, Aufwertungen bis zu 1450 Proz. erlangen könnten.

Staatssekretär Joël erwidert, daß für die Fürsten die gleichen Grundsätze gelten sollen, wie für die anderen Staatsbürger. Zwingende Normen, die hohe Aufwertung ausschließen, sind nicht gegeben. Das Reichsfinanzgericht ist frei und könnte also folgerweise auch so hohe Prozentsätze feststellen, wenn allerdings auch anzunehmen ist, daß die Tendenz der Rechtsprechung auf eine Beschränkung der Aufwertung gehen wird.

Genosse Rosenfeld: Eine Aufwertung von 1450 Proz. ist also nicht ganz ausgeschlossen? (Staatssekretär Joël: Möglich ist sie immerhin.)

Alsdann versuchen die Kommunisten einen neuen Vorstoß gegen den „Vorwärts“, dem sie zum Vorwurf machen, über Beschlüsse des gestrigen Rechtsausschusses zwei Artikel geschrieben zu haben. Außerdem behaupten sie wieder, Irrtümer in der Berichterstattung des „Vorwärts“, die aber vom Genossen Rosenfeld sofort an Hand des Wortlauts des „Vorwärts“-Berichts widerlegt werden.

Der Ausschluß berät alsdann den § 19, der die Unterfertigung des Reichsfinanzgerichts gewährleistet, auch wo ein Schiedsgericht vorgesehen ist. § 19 und § 20, die die Zugehörigkeit der einzelnen Mitglieder der beteiligten Fürstenhäuser regeln, werden mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die der Kommunisten und der Deutschnationalen abgelehnt.

Zum § 21, der das Verfahren vor dem Reichsfinanzgericht regelt, beantragen die Deutschnationalen, den Fürsten das Recht zu geben, einzelne Mitglieder des Reichsfinanzgerichts wegen Befangenheit abzulehnen. Das erfordert die elementaren Grundsätze des Rechtsstaates.

Genosse Rosenfeld begründet diesem Antrag gegenüber den sozialdemokratischen Antrag, der ein solches Ablehnungsrecht beibehalten will, sonst könnten die Fürsten gerade besonders sachkundige Männer, die sich irgendwo, irgendwie und irgendwann zur Frage der Fürstenabfindung im Sinne der Volksinteressen äußern könnten, wegen Befangenheit ablehnen.

Abg. Wanders (D. Sp.) tritt dem sozialdemokratischen Antrag entgegen. Er meint, daß man höchstens ausschließen könne, daß ein Richter lediglich wegen politischer Parteizugehörigkeit oder politischer Betätigung abgelehnt werden dürfe.

Genosse Landsberg erwidert ihm, daß Heißsporne der einen oder anderen Seite aus dem Kampf um die Fürstenvermögen von selbst nicht zu Richtern gemacht werden würden und daß ein Ablehnungsrecht, das man den Fürsten einräume, sehr leicht zu unangenehmen Folgen führen könne.

Bei der Abstimmung werden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt und es wird ein Antrag Wanders angenommen, der eine Ablehnung von Richtern wegen Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder wegen politischer Betätigung ausschließt. Nach Annahme dieses Antrages erklären die Deutschnationalen ihren Antrag als erledigt.

Genosse Rosenfeld begründet alsdann einen sozialdemokratischen Antrag, auch zu § 21, der nicht nur die Gerichte, sondern auch die Verwaltungsbehörden zu Hilfeleistungen an das Reichsfinanzgericht verpflichten will, und einen weiteren Antrag, der den Banken eine Auskunftspflicht auferlegen will.

Abg. von Richthofen (Dem.) tritt für den ersten Antrag ein, aber gegen den letzteren. Bei der Abstimmung wird der erste Antrag angenommen, der Antrag auf Aufsetzung einer Verpflichtung zur Auskunftserteilung der Banken abgelehnt.

Auffallend ist, daß noch bei diesem Antrage wie allen anderen sozialdemokratischen Anträgen, obgleich sie offensichtlich Verbesserungen bedeuten, die Kommunisten sich der Abstimmung enthielten. Sie schämen die Banken und damit auch die Fürsten!

Genosse Rosenfeld begründete alsdann einen weiteren sozialdemokratischen Antrag zu § 21, der unbedingt die

Oeffentlichkeit für die Verhandlungen vor dem Sondergericht fordert. Er weist darauf hin, daß der Ausschluß der Oeffentlichkeit z. B. in Fernmarkprozessen wegen angeblicher Gefährdung der Staatssicherheit beweise, wie weit die besonderen Bestimmungen der Zivilprozessordnung hier für anwendbar erklärt werden sollen, mißbräuchlich benutzt werden. Aus Alenburg sei erst dieser Tage berichtet worden, daß man sogar in einem Prozeß, bei dem es sich

lediglich um verbotenen Waffenbesitz gehandelt habe, wegen angeblicher Gefährdung der Staatssicherheit, die Oeffentlichkeit ausschloß.

Reichsanwalt Marx entgegnete, daß man die Bestimmungen über den Ausschluß der Oeffentlichkeit bei der Gefährdung der Staatssicherheit unmöglich entbehren könne.

Genosse Landsberg weist darauf hin, daß allerdings, wenn etwa mecklenburgische Verhältnisse erörtert werden, zu begreifen sei, daß für sittliche Menschen peinliche Dinge erörtert werden würden. Aber man könne doch unmöglich annehmen, daß bei der Würdigung der Vermögensverhältnisse der Fürsten die Staatssicherheit gefährdet werden könne.

Abg. Rosenfeld (Komm.) meint, daß doch höchstens in Frage kommen könne, ob etwa der frühere Herzog von Koburg-Gotha Geld in Waffen für den Viking angelegt hätte. (Heiterkeit.)

Der sozialdemokratische Antrag, der Sicherstellung völliger Oeffentlichkeit fordert, wird abgelehnt. Die Kommunisten enthalten sich der Stimme.

Auch der sozialdemokratische Eventualantrag, die Oeffentlichkeit bei Gefährdung der Staatssicherheit auszuschließen, wird abgelehnt.

Angenommen wird nur ein sozialdemokratischer Antrag, der das Reichsfinanzgericht nötigt, seinen Entscheidungen eine Begründung beizugeben.

Alsdann werden die einzelnen Absätze des § 21 und in der Gesamtstimmung der ganze § 21 mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten angenommen.

Die folgenden §§ 22 bis 25, die noch unwesentliche Bestimmungen enthalten (Kosten usw.), werden mit derselben Mehrheit angenommen.

Bei § 26, der von den Renten der bis zum Jahre 1805 in Deutschland regierenden Fürstenfamilien handelt, und der dem Reichsfinanzgericht das Recht geben soll, solche Renten ganz oder teilweise für erloschen zu erklären, beantragen die Sozialdemokraten diese Renten ohne Entschädigung fortfallen zu lassen.

Gen. Rosenfeld weist zur Begründung darauf hin, daß es mit den heutigen Auffassungen in der deutschen Republik völlig unvereinbar sei, Nachkommen derjenigen Fürsten heute noch Renten zu zahlen, die bis zum Jahre 1805 zum sogenannten Segen des deutschen Volkes regiert haben. Es sei wahrlich genug, daß das deutsche Volk diese Personen so lange erhalten habe. Endlich müßten auch diese Herren sich daran gewöhnen, von der Arbeit zu leben und darauf verzichten, sich vom Volke ernähren zu lassen. Es handele sich hierbei um sehr erhebliche Beträge,

in Friedenszeiten um 1 875 000 Mark, die an Fürsten und Standesherrn gezahlt seien.

Darunter auch an die hessischen Landesfürsten als Entgelt für die Schätze, die sie durch den Verkauf von Landeskindern als Kanonensutter hätten sammeln können. Insbesondere wies Genosse Rosenfeld auf den Fall der Reichsgrafen von Bentinck hin, die auf Grund der Tassachen, daß einem unehelichen Sohn eines Grafen von Oldenburg die Landeshoheit über die Herrschaft Knipphausen übertragen worden sei, außer Vorsummen von 750 000 Talern in Gold, die sie im Jahre 1854 erhalten hätten,

jetzt noch vom Staate Oldenburg nicht weniger als 1 100 000 Taler Gold forderten.

Nachdem man den Hohenzollern die Fideikommissrente entschädigungslos entzogen habe, könne man die Standesherrn nicht besser behandeln.

Abg. Everling widerspricht dem sozialdemokratischen Antrag, der mit dem Segen fürstlicher Herrschaft unvereinbar sei. (Heiterkeit links.)

Abg. Wegmann (S.) meint, daß man die Rente nicht ohne weiteres beseitigen könne, sich vielmehr damit begnügen solle, dem Reichsfinanzgericht das Recht zu geben, unter Umständen die Rente für erloschen zu erklären.

Genosse Landsberg erwidert, daß das nicht ausreichend sei. Der sozialdemokratische Antrag spreche nur aus, was selbstverständlich sei. Das könne auf Grund überlebter und veralteter Bestimmungen einstweilen gewährt werden, jetzt endlich fortfallen müßten.

Reichsanwalt Marx erklärt, daß die Regierung staatsrechtliche Bedenken gegen den Vorschlag des Abgeordneten Wegmann nicht habe und ob politische Bedenken begründet seien, werde die Regierung noch erwägen.

Bei der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Standesherrn von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Unglaublicherweise enthalten sich die Kommunisten auch hier wiederum. Es ist das zweifelhafte, daß sie bei einer Abstimmung gegen die Forderung des Volksbegehrens auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten sich der Abstimmung enthalten!

Der ursprüngliche Vorschlag der Regierungsvorlage wird alsdann mit der kleinen Veränderung, die der Abgeordnete Wegmann vorgeschlagen hat, gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen angenommen.

Mit der gleichen Stimmenverteilung werden alsdann die §§ 27 bis 29, welche nur unwesentliche Bestimmungen zwecks Durchführung

des Gesetzes enthalten, angenommen. Damit ist die Beratung des Gesetzes beendet.

Abg. Barth erklärt für die Deutschnationalen, daß sie sich Mühe gegeben hätten, das Gesetz, insbesondere soweit es Enteignungen vorsehe, zu verbessern und es zu einem Gesetz zu machen, das sich organisch in die Gesetzgebung des Reiches einfüge. Sie hätten sich nur deshalb der Abstimmung enthalten, um nicht die Arbeiten des Ausschusses zu erschweren. Ihre Stellung zum ganzen Gesetz werde dadurch nicht berührt.

Abg. Jrid (völk.) wirft dem Reichsanwalt vor, aus parteipolitischen Gründen den Gesetzentwurf eingebracht zu haben. Die Bedenken seiner Freunde gegen das Gesetz nötigten sie, die Vorlage abzulehnen.

Reichsanwalt Marx weist den Vorwurf amüßlicher Handlungen aus parteilichen Gründen vorgeworfen zu haben, entschieden zurück. Er habe als Reichsanwalt schon wiederholt in einer Weise Stellung genommen, die nicht durch parteipolitische Gründe geboten gewesen seien. Das Interesse des gesamten Staats und die notwendige Veruhigung des Volkes dränge zur Erledigung des Gesetzes. Die Parteien, welche die Ordnung aufrechterhalten, sollten alles daran setzen, um das Gesetz jetzt zu verabschieden.

Abg. Rosenfeld (Komm.) behauptet, daß sich die Stellungnahme seiner Freunde nach dem Willen der 15 Millionen gerichtet habe. (Da hätten die Kommunisten anders stimmen müssen!) Auf weitere Beschimpfungen der Sozialdemokratischen Partei erwidert Gen. Landsberg, daß die sozialdemokratische Fraktion den Kommunisten die nötige Antwort im Plenum geben werde.

Schließlich richtet noch Abg. Richthofen (Dem.) an den Reichsanwalt die Frage, in welcher Weise die Regierung die Mitglieder des Reichsfinanzgerichts berufen wolle, ob nur Richter oder auch Laien.

Reichsanwalt Marx erwidert, daß er einen Beschluß der Regierung noch nicht mitteilen könne. Er glaube aber sicher, daß die Reichsregierung ihm zustimmen werde, wenn er erkläre, daß die vier Mitglieder des Gerichts, welche außer den fünf Richtern im Gesetz vorgesehen seien, zu Mitgliedern des Gerichts ernannt werden würden, jedenfalls nicht Richter sein würden.

Damit ist die Beratung der Vorlage in zweifacher Besetzung beendet. Sie geht jetzt ans Plenum, das am Dienstag die Beratung vornimmt.

Grüne Internationale.

Agrarische Einheitsfront in der Tschechoslowakei.

Von Senator Wilhelm Richner, Prag.

Das tschechoslowakische Parlament zeigt gegenwärtig ein Bild, wie man es seit Bestehen der tschechoslowakischen Republik nicht gesehen hat. Seit den ersten Wahlen im Jahre 1920 waren alle tschechischen Parteien, darunter auch die sozialistischen, in der Regierungskoalition zusammengeschlossen, der die Parteien aller anderen Nationen als Opposition gegenüberstanden. Diese Koalition, schon lange brüchig, fand ihr Ende, als die bürgerlichen Parteien, durch ihren Wahlerfolg vom November 1925 kühn gemacht, in gesteigerter Begehrlichkeit durch Lebensmittelpreise und Erhöhung der Kongruengebühren, das sind die staatlichen Zuschüsse zu dem Einkommen der Geistlichen, in Bargeld umzumünzen suchten. Tschechische Sozialdemokraten und nationale Sozialisten erhoben Widerstand, die Koalition wurde gesprengt und dadurch wurden die Klassenkämpfe innerhalb des tschechischen Volkes, die sich bis dahin in den Konferenzzimmern der Koalition abgespielt hatten und die durch Kompromisse oder Hinausschiebung strittiger Fragen ihre Erledigung fanden, in die Oeffentlichkeit getragen.

Die der parlamentarischen Regierung folgende Beamtenregierung hat für Zölle und Kongruen rascher eine neue Mehrheit gefunden, als es jemand für möglich gehalten hätte. An die Stelle der tschechischen Sozialdemokraten und nationalen Sozialisten sind drei deutsche bürgerliche Parteien getreten. Wieder stehen zwei Blöcke einander gegenüber, aber was sie scheidet, ist nicht mehr die ungelöste nationale Frage, sondern der Klassenkampf. Das Natürliche, doch lange verschleierte, es ist Ereignis geworden. Der Kampf um die Lebensmöglichkeit der arbeitenden Massen hat die proletarischen Parteien aller Nationen ebenso zusammengeführt, wie das Streben nach erhöhtem Profit das deutsche, tschechische, slowakische und magyarische Bürgertum.

Bei den einzuführenden Zöllen spricht man fälschlich meist nur von Getreidezöllen. Doch es geht nicht nur um Getreidezölle, denn es sollen Zölle auf alle wichtigeren Lebensmittel gelegt werden, darunter auch Lebensmittel, die von der heimischen Landwirtschaft nicht produziert werden. Ihre Höhe wird das Bier- bis Achtfache der Vorkriegszölle betragen. Die liberalen Parteien wurden von den Agrariern mit dem Versprechen der Erhöhung der staatlichen Bezüge der Geistlichen gewonnen, die

städtischen bürgerlichen Parteien durch erhöhten Zollschatz auf einige wichtige Industrieerzeugnisse, wie Motorräder, Kunststoffe, Personen- und Lastautomobile, und für einige Erzeugnisse der chemischen Industrie. Mit Hilfe der Zölle wird aus den Taschen der Verbraucher den Agrariern jährlich mehr als eine Milliarde tschechischer Kronen zufließen. Für die Regierung, die eben auf der Suche nach neuen Steuerquellen ist, bedeuten die Zölle ein unverhofftes Geschenk, denn sie werden gleichzeitig als Finanzzölle wirken, deren jährlicher Ertrag auf rund 500 Millionen Tschechokronen geschätzt wird.

Für die städtische und industrielle Bevölkerung, besonders für die Masse der Arbeiter und Angestellten, werden sich die einzuführenden Zölle in verhängnisvoller Weise auswirken. Es ist leicht zu errechnen, daß die jährliche Mehrbelastung für einen Arbeiterhaushalt 700 Kronen betragen wird. Das ist in Anbetracht der fortwährenden Industriekrise und der außerordentlich elenden Lohnverhältnisse mehr, als die Arbeiterschaft ohne ernsteste Gefährdung ihrer Ernährung und Gesundheit zu ertragen imstande ist. Bei vielen Hunderttausenden Arbeitern beträgt der Tagelohn um 20 Kronen herum, das sind nur wenig über 3 Reichsmark. Die durch die Zölle eintretende Entwertung des Lohnes wird, da sie bei dem ohnehin schlechten Ernährungszustand nicht allein bei den Lebensmitteln erspart werden kann, eine Einschränkung beim Ankauf von Kleidern, Schuhen, Wäsche und Haushaltsgegenständen zur Folge haben, was den Inlandsmarkt der industriellen und gewerblichen Erzeugnisse schwer schädigen muß. Dennoch nehmen deutsche Christlichsoziale und deutsche Gewerbetreibende, erstere bestochen durch die Erhöhung der Seelsorgergehälter, letztere in ihrem Mandatsbesitz abhängig von der deutschen Agrarpartei, an dem Zollanschlag tätigen Anteil. Nicht einmal die Tatsache vermochte diesen sonst stramm national auftretenden Parteien den Geschmack an den Zöllen zu verleiden, daß der deutsch-tschechisch-slowakisch-magyarische Kuhhandel gerade der deutschen Bevölkerung zum schwersten Nachteil gereichen wird. Das deutsche Volk in der tschechoslowakischen Republik ist in seinen Lebensbedingungen auf das Bedeuten von Industrie, Handel und Gewerbe angewiesen, denn es ist in überwiegendem Maße ein Industrievolk. Der Gewinn aus der durch die Zölle bewirkten Teuerung wird meist mehr Angehörigen der anderen Nationen zugute kommen, als jenen der deutschen, über die infolge der Zölle nur gesteigerte wirtschaftliche und soziale Not hereinbrechen wird.

Um zu diesem Ziele zu gelangen, haben die deutsch-bürgerlichen Parteien alle Scham und Hemmungen beiseite geworfen. Früher führten sie über die drakonische Geschäftsführung des Parlaments und ihre brutale Handhabung Klage, während der Zollverhandlungen aber ließen sie sich die rücksichtsloseste Handhabung dieser Geschäftsordnung gerne gefallen. Ueber Anträge durch die tschechische Koalition haben die Deutschbürgerlichen sich früher entrüstet, jetzt haben sie selber beim Guillotinieren aller solcher Anträge eifrig mitgewirkt. Sie unterstellen sich dem Kommando der tschechischen Parteien bedingungslos, so daß nicht einmal ein Antrag, der die Regierung aufforderte, über die Sprachenverordnung, die eine drückende Entrechtung der deutschen Bevölkerung bedeutet, Bericht zu erstatten, Gnade in ihren Augen fand. Auch den Antrag, es mögen einige Fachminister über die vorausichtlichen wirtschaftlichen, sozialen und handelspolitischen Wirkungen der Zölle gehört werden, empfanden die Deutschbürgerlichen als Zeitvergeudung und hielten ihn niederstimmen.

Der von beiden Seiten leidenschaftlich geführte Zolkampf, der die Scheidung der Parteigruppen nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten vollzog, hat noch eine andere Folge gehabt; er bedeutet auch den Beginn einer weitreichenden Aenderung in der Innenpolitik

des Staates. Die deutschen Zoltparteien, Agrarier, Christlichsoziale und Gewerbetreibende, sind nicht, wie erwartet, nach der Beschlußfassung über Zölle und Kongrua in die Opposition zurückgekehrt, sondern sie bekundeten schon bei dem folgenden Befehl betreffend die Reform der Beamtenbesoldung die Absicht, die tschechisch-deutsche Zollmehrheit zu einer dauernden parlamentarischen Mehrheit zu machen. Die haben bei der Abstimmung über das wenig beamtenfreundliche Besoldungsgesetz der tschechischen Beamtenregierung, die lange vergeblich nach einer Mehrheit dafür suchte, mit ihren Stimmen aus der Klemme geholfen und sich auch bereit erklärt, für die Erhöhung der Zucker- und Spiritussteuer, die der finanziellen Bedeutung des Beamtengesetzes dienen, zu stimmen. Damit ist aus der tschechisch-deutschen Zweimehrheit eine parlamentarische Mehrheit geworden. Die Gliederung nach nationalen Fronten ist durch die Scheidung nach Klassenfronten abgelöst worden.

Der Eintritt der Deutschbürgerlichen in die Regierungsmehrheit ist bedingungslos erfolgt. Man spricht wohl von nationalen Kompensationen, die ihnen versprochen worden sein sollen, aber es fehlt jeder Beweis. Die deutschen Parteien rechtfertigen ihre politische Schwertung mit dem Hinweis auf die durch ihre Regierungsgesellschaft bewirkte Verhinderung der Wiederbelebung der tschechischen Koalition. Es ist richtig, daß sie den tschechischen sozialistischen Parteien den Rückweg in die Koalition abgeschnitten haben, aber da die deutschen Parteien alle undemokratischen Methoden des alten Systems getreulich unterstützen, kann wohl von einer Aenderung in der Zusammenlegung der Mehrheit, nicht aber von einer Aenderung des Systems gesprochen werden. Bezweifelt muß werden, daß das bedingungslose Hineinschlüpfen der Deutschbürgerlichen in die Regierungsmehrheit den nationalen Ausgleich, der allein die Voraussetzung einer gedeihlichen Zusammenarbeit der Nationen im Staate bringen kann, herbeizuführen imstande ist.

Es ist jedenfalls bedeutsam, daß die tschechischen sozialistischen Parteien zum ersten Male seit Bestand des Staates in offene Gegnerschaft zur tschechischen Bourgeoisie und an die Seite der deutschen Klassengenossen gedrängt wurden. Im tschechischen Volke hat sich in wenigen Jahren ein gewaltiger sozialer Umschichtungsprozess vollzogen. Das tschechische Bürgertum, wirtschaftlich im raschesten Tempo erstarrt, ist nicht mehr die kleinbürgerliche Schicht, die es bis zum Umsturz war. Die Klassengegensätze innerhalb der Nation haben sich wesentlich verschärft, die tschechische Bourgeoisie fühlt sich bei der Vertretung ihrer Interessen in steigendem Maße zu den deutschen Besitzklassen hingezogen. Die neue tschechisch-deutsche bürgerliche Klassenfront ist der Ausdruck dieser Tatsache.

Die Kirchenvorlage im Senat angenommen.

Prag, 26. Juni. (W.T.B.) Der Senat hat das Kongrua-gesetz in der von der Abgeordnetenkammer beschlossenen Form in der ersten und in abgekurztem Verfahren auch in der zweiten Lesung mit 77 gegen 56 Stimmen angenommen. Im Verlauf der Sitzung, die kurz nach Mitternacht endete, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem nationaldemokratischen Abgeordneten Dyl und den sozialistischen Parteien, so daß der Vorsitzende gezwungen war, die Sitzung zu unterbrechen.

Die Immunität in fünf Fällen aufgehoben.

Prag, 26. Juni. (W.T.B.) Das Abgeordnetenhause beendete heute um 3 Uhr morgens die Debatte über die Frage der Aufhebung der Immunität der von der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit den Zwischenfällen in der Kammer am vergangenen Sonnabend verfolgten Abgeordneten. Der Antrag des Immunitätsausschusses, die kommunistischen Abgeordneten Harus, Jilek, Kreibich und Saksranke sowie den der tschechoslowakisch-sozialistischen Partei angehörenden Abgeordneten

Knejzlik auszuliefern, wurde mit 131 gegen 106 Stimmen angenommen. Der Fall der Abgeordneten Frau Zeman wurde an den Immunitätsausschuss zur neuerlichen Verhandlung zurückverwiesen. Die vom Staatsanwalt verlangte Zulassung der strafrechtlichen Verfolgung von fünfzehn anderen Abgeordneten wurde abgelehnt. Präsident Masopust bemerkte, daß sechs Fälle vom Immunitätsausschuss noch nicht erledigt seien, und schloß darauf die gegenwärtige Tagung.

Der Schutz der älteren Angestellten.

Umfall der bürgerlichen Angestelltenvertreter.

Die mehrfach verzögerte Sitzung des Sozialpolitischen Reichstagsausschusses, die endlich eine von dem Unterausschuss einstimmig beschlossene Vorlage für den Schutz der älteren Angestellten verabschieden sollte, fand am Freitag statt. Ministerialdirektor Sichter erklärte für die Reichsregierung, daß sie die Not dieser Berufsgruppe wohl anerkenne, aber den Beschlüssen des Unterausschusses nicht beizutreten vermöge. Die Reichsregierung wolle gemeinsam mit den Ländern Umschulungsmassnahmen für die erwerbslosen Angestellten treffen. Den Stellenoffen solle ferner auf dem Weg der Fürsorge für die Zeit der Erwerbslosigkeit die Aufrechterhaltung ihrer Anwartschaft an die Angestelltenversicherung ermöglicht werden. Zwecks Festlegung von Höchststufen für die Verbringungsbeschäftigung in den einzelnen Betrieben des Handelsgewerbes wolle das Reichsministerium zunächst mit den Ländern verhandeln. Ueber die Verbesserung des Kündigungsrechtes für die älteren Angestellten sei bereits eine Vorlage in Arbeit. Ebenso würde im Reichsministerium des Innern erwoogen, durch eine Ergänzung des Reichsprelleuges des Rißtandes auf dem Gebiet der Schiffsanzeigen abzumildern. Die sonstigen Vorschläge des Unterausschusses, wie Einstellungsstufen, Kündigungsrecht der offenen Stellen und Beschäftigungspflicht von älteren Angestellten würden noch weiter geprüft.

Die Regierungsparteien legten also ab und unter Ablehnung des von ihren eigenen Fraktionsvertretern mit beschlossener Vorlage des Unterausschusses zwei Resolutionen vor, die ebenfalls nicht angenommen wurden.

Abg. Aufhäuser (Soz.) legte nochmals dar, daß die Vorlage des Unterausschusses nicht mehr verlange als die bürgerlichen Parteien in ihren eigenen Anträgen seit einem Jahr, wahrscheinlich nur zur Berufung der Angestellten, gefordert haben. Man habe die Angestellten im Lande durch die Vorlage dieser Anträge schwer getäuscht, denn nach der Resolution will man den Reichstag nochmals in Ferien gehen lassen, ohne daß diese brennende Frage irgendwie positiv entschieden wird. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte deshalb, daß nunmehr über die Vorlage des Unterausschusses en bloc abgestimmt würde.

In der weiteren Diskussion stand von den bürgerlichen Parteien nur noch der Abg. Stöhr von den Böhmen zu den im Unterausschuss einstimmig angenommenen gesetzgeberischen Vorschlägen. Der Abg. Gering (Z.) versuchte, eine Abstimmung über den materiellen Inhalt der Vorlage überhaupt zu verhindern, die dann schließlich mit der bürgerlichen Mehrheit gegen SPD. und KPD. abgelehnt wurde.

Abg. Hoch (Soz.) verlangte nunmehr, daß die Regierung wenigstens die bereits ausgearbeitete Vorlage für den erhöhten Kündigungsschutz der älteren Angestellten unverzüglich dem Reichstag unterbreite. Das soll nächsten Mittwoch geschehen. Die Angestelltenvertreter in den bürgerlichen Parteien spielten in dieser Sitzung eine recht jammervolle Rolle. Der Abg. Lambach (Dnat.) überließ es seinen Fraktionskollegen Dr. Kademacher, die Vorlage des Unterausschusses nach den bekannten Scharfmachermethoden herunterzureißen, und auch der Abg. Schneider (Dem.) wußte sich kaum noch zu erinnern, daß er selbst im Unterausschuss für diese Vorschläge gestimmt hatte.

Die sozialdemokratische Fraktion wird darauf drängen, daß unter allen Umständen auch die Entscheidung des Plenums noch vor den Sommerferien erfolgt.

Keine Landtagsauflösung in Bayern.

Ablehnung eines böhmischen Antrags.

München, 26. Juni. (W.T.B.) Der Verfassungsausschuss des Bayerischen Landtages lehnte heute nach längerer Aussprache den nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Landtages mit den Stimmen der Koalitionsparteien, des Böhmenblocks und der Freien Vereinigung gegen die Stimmen der Antragsteller, der Sozialdemokraten und der Kommunisten ab.

Deutscher Volksbühnentag.

Erster Tag der Verhandlungen.

Mehr als 250 Teilnehmer hat der 7. deutsche Volksbühnentag in der alten Hansestadt Hamburg zusammengeführt. Vertreten sind etwa 120 Volksbühnenorganisationen aus allen Teilen des Reiches, die durch ihre Organisation der Theaterbesucher mit fester Besuchspflichtung die Massen stärker am Theater interessieren und zugleich der Bühne ein neues finanzielles Fundament und neue Freiheit zu künstlerischem Schaffen geben wollen.

Der Vorsitzende des Verbandes, Staatssekretär a. D. Curt Baake, eröffnet die Tagung mit einem herzlichen Willkommen. Er weist darauf hin, daß die Bewegung trotz der schwierigen Wirtschaftslage auch im letzten Jahre gut vorwärts gekommen wäre. Er würdigt die Bedeutung der Volksbühnenarbeit, die gegen eine Uebermacht von Sport, Technik und Wirtschaft in unserer Zeit die Werte des Geistes und der Seele wieder zu ihrem Recht bringen wolle.

Es schließt sich eine Reihe von Begrüßungsansprachen an. Für die Hamburger Volksbühne spricht Bürgersekretärpräsident Koh. Für die oberste Behörde der Stadt findet Senator Krause herzliche Worte der Begrüßung. Lebhaftige Bewegung löst seine Mitteilung aus, daß man in absehbarer Zeit mit der Gründung eines eigenen Volksbühnentheaters für Hamburg rechnen dürfe. Dann spricht Prof. Pätzsch als Vertreter der Universität. Er verweist auf die innere Verwandtschaft dieser jungen Hochschule mit der Volksbühnenbewegung. In passenden Worten legt er dar, wie diese Bewegung den Boden für das neue große Drama ebne, das die Zeit brauche, aber noch nicht habe, das aus dem Volk herauswachsen müsse, aber ein mit dem Theater innerlich verbundenes Volk voraussetze.

Dann verliest Prof. Kestenberg die im „Vorwärts“ bereits veröffentlichte Rundgebung, in der etwa dreißig hervorragende Dramatiker, Schauspieler und Kritiker den Wunsch aussprechen, daß die Volksbühnenbewegung mehr noch als bisher das Neue in der Kunst, das Zeitliche im Drama und eine freiheitliche Bestimmung bejahen möge.

Ein Geschäftsbericht, der zugleich einen Ueberblick über den Stand der Volksbühnenbewegung gibt, liegt den Teilnehmern der Tagung gedruckt vor. Dr. Kestenberg, Berlin, hebt seine wesentlichen Punkte in knapper Rede noch einmal heraus: Die wirtschaftliche Krise brachte hier und da Mitgliederverluste, auf der anderen Seite aber konnten zahlreiche Vereine ihre Mitgliederzahlen steigern. Zwei ältere große Organisationen, die Volksbühnen von München und Dresden, schlossen sich dem Verband neu an, und 48 Vereine wurden neu begründet. So wuchs trotz allem der Verband der Volksbühnenvereine auf 240 Theatergemeinden mit mehr als 560 000 Mitgliedern an. Von fast allen Vereinen wurde eine überaus rege Tätigkeit entfaltet. Insgesamt führten sie nahezu fünf Millionen Besucher in die Theater und zahlten für die in Anspruch genommenen Plätze etwa sieben Millionen Mark. Der von den Vereinen durchgeführte Spielplan hielt sich meist auf norddeutscher Höhe. Nicht wenige Vereine trafen umfassende Maßnahmen, um auch den Erwerbs- und Verdienstlosen die Teilnahme an den Theateraufführungen zu ermöglichen. Die Berliner Volksbühne, für sich allein 160 000 Mitglieder stark, konnte in zweites eigenes Theater in Be-

trieb nehmen. Der Verband selbst unterhielt drei Wanderbühnen, die 56 Orte regelmäßig mit Vorstellungen versorgten. Ferner war er an mehreren anderen Wanderbühnen wie auch an einigen stehenden Theatern als Gastschafter beteiligt. Der vom Verband begründete Verlag vertrieb fast 40 000 Klavierbände und gab mit seiner Bühnenvertriebsstelle den deutschen Theatern eine Anzahl wertvoller Dramen junger Autoren. Allein in Berlin fanden im abgelaufenen Spieljahr 300 Aufführungen von Werken des Volksbühnenvertrages statt. Von den Behörden wurde die Verbandsleitung mehr und mehr zur Mitarbeit auf dem Gebiete der Theaterpolitik herangezogen. Der Redner kennzeichnet dann noch kurz die Pläne für die weitere Arbeit des Verbandes, wobei er besonders auf Maßnahmen zur Förderung des künstlerischen Jugendspiels, zur Anregung der dramatischen Produktion und auf Schaffung einer Stelle eingeht, die den darstellenden Künstlern Gelegenheit bieten soll, Ideen einer neuen Gemeinschaftskunst mit jungen Kräften in aller Ruhe auszuüben. — Diesen Ausführungen schließen sich Darlegungen des Verbandssekretärs Geilgens an, der von einer wesentlichen Steigerung der Einnahmen des Verbandes im Berichtsjahr und von einer gesicherten finanziellen Lage zu berichten weiß.

Es folgen zwei Referate über Bedeutung, Aufgaben und Möglichkeiten der Wanderbühnen. Zunächst spricht der künstlerische Leiter des vom Verband unterhaltenen Ostdeutschen Landestheaters, Paul Hag. In feinsinnigen und bis zum letzten Wort feindsinnigen Ausführungen vermerkt er seine vielfältigen praktischen Erfahrungen, um allgemein Gültiges herauszuarbeiten. Er spricht von den Schwierigkeiten der Wanderbühnen, aber auch von der besonderen Freude, die dem Darsteller seine Tätigkeit an einer künstlerischen Wanderbühne bereiten muß. Er zeigt, welche besonders günstigen Bedingungen die Wanderbühne bei richtiger Leitung für die Ensemblebildung besitzt, da die Mitglieder zu einer festen Gemeinschaft zusammenwachsen und von außen wenig abgelenkt werden. Freilich erfordert die Wanderbühne mehr als jedes andere Theater, daß der einzelne sich für das Ganze verantwortlich fühlt. Weitere Darlegungen des Redners gelten der Spielplangestaltung. Er führt aus, daß einer künstlerischen Wanderbühne letzten Endes nur wenige Stücke verschlossen bleiben. Ein besonderes Gebiet weiterer Wanderbühnenarbeit sieht er vor allen Dingen auch darin, daß für die Aufführung gewisser Werke die interessierten Mitglieder der Theatergemeinde zum Sprechchor herangezogen werden. Er schildert die Schwierigkeiten, ein alle Teile befriedigendes Repertoire aufzustellen, findet aber auch Worte hoher Befriedigung über den immer wieder bewiesenen guten Willen der Volksbühnenorganisation, sich mit der Bühnenleitung zu verständigen. Das Ostdeutsche Landestheater bringt im Jahre nur 10 Stücke zur Aufführung, kann dann aber auch 20- bis 25mal jedes dieser Stücke wiederholen und gewinnt so Zeit zu gründlicher Vorbereitung. Grundsätzlich ausgeschlossen wird, was unästhetisch und kitschig ist. Zum Schluß wendet Hag sich noch gegen eine gewisse ironisierende Geringschätzung, die oft, vor allem in der Großstadt, den Wanderbühnen gegenüber zutage tritt. Die künstlerischen Wanderbühnen von heute, wie sie durch den Verband ihre sicherste Stütze erhalten haben, stellen etwas Besonderes und Eigenartiges, aber sicherlich nichts Minderwertiges dar und haben Anspruch, als voll genommen zu werden. Der zweite Redner, Her-

mann Lange vom Mitteldeutschen Landestheater, ergänzt diese Darlegungen vor allen Dingen in einer Richtung: Er kennzeichnet die Bedeutung der modernen künstlerischen Wanderbühnen für die Schulung des Schauspielernachwuchses. Daneben würdigt Lange die Bedeutung der Wanderbühne im Hinblick darauf, daß sie das Ergebnis der Kunst an ganz neue Kreise von Menschen heranträgt. Endlich spricht er von der Möglichkeit, die Wanderbühne auch zur Pflege internationaler Beziehungen auszunutzen. Beide Referate finden begeisterte Zustimmung.

Eine kurze anschließende Aussprache ergänzt das Bild von der Bedeutung und der Arbeit der Wanderbühnen. Hans Reihner vom Frankfurter Künstlertheater richtet einen Appell an die staatlichen Behörden, mehr noch als bisher die Wanderbühne zu fördern. Prof. Kestenberg unterstreicht diese Forderung und bringt sie in Beziehung zu dem neuerdings besonders hervorgetretenen Streben der staatlichen Stellen, etwas für die Heranbildung eines wertvollen schauspielerischen Nachwuchses zu tun. Julius Bab und Direktor Hoff von der Volksbühne Berlin würdigen ebenfalls den Wert der Wanderbühnen für den Schauspieler, der in seiner Vortzeit äußere Beweglichkeit brauche und durch Wanderbühnen, mit ihrer Möglichkeit ausgiebiger Proben und vieler Wiederholungen aller Inszenierungen davor bewahrt werden könne, an kleinen Provinzbühnen zu „verschlimmern“. Andere Redner fordern für Gebiete, die heute noch keine künstlerischen Wanderbühnen kennen, die Schaffung neuer Unternehmungen. Die Debatte bewies den frischen Geist der Volksbühnenbewegung, und den Willen, die begonnene Arbeit lebendig fortzuführen.

Internationale Schauspielerkonferenz ohne Rußland. Die Internationale Union der Schauspieler wurde gegründet, nach schwierigen Debatten, in denen immer wieder die Stellung der Russen diskutiert wurde. Die Russen wollten um jeden Preis durchsetzen, daß die Internationale Union sich zu dem Prinzip des unbedingten Klassenkampfes bekenne. Die übrigen Konferenzteilnehmer wollten als Hauptzweck der Union nur die Verteidigung der Berufsinteressen anerkennen. Die Anträge der Russen wurden abgelehnt; nur Österreich und Holland stimmten den Russen bei. Daraufhin erklärten die Russen, daß sie vorläufig nicht in die Schauspielerkonferenz eintraten könnten. Aber man versicherte sich trotzdem der gegenseitigen Freundschaft. In Wien wird der Geschäftstag der Schauspielerkonferenz internationale sein.

Gesellschaft der Woche. Dienstag: Kleines Theater: Federbissen; Donnerstag: Schiller-Theater: Die letzte Nacht; Lustspielhaus: Krumm; Residenz-Theater: Frühling und die Stürze; Volksbühne: Darüber läßt sich reden; Neues Theater am Zoo: Ich habe dir eine Frau; Freitag: Theater: I. h. Kistnertrage: Stimpelo.

Irania-Vorträge: Berlin, daß Land der tausend Namen (Montag, 28. bis Sonntag, 4. Juli, 5 u. 9), Fall für Scham (Montag, 28. bis Sonntag, 4. Juli, 7).

Juli-Prof. Dr. Eduard Rosenthal, der bekannte Staatsrechtler an der Universität Jena, langjähriger demokratischer Landtagsabgeordneter und Schöpfer der Thüringer Verwaltungsakademie, ist gestern abend im 73. Lebensjahre gestorben.

Caillaux und die Bank von Frankreich.

Amtenhebung des Gouverneurs.

Paris, 26. Juni (Eigener Drahtbericht). Der „Quotidien“ gibt heute in großer Aufregung ein Gerücht wieder, das am Freitag in Börsentrafiken zirkulierte, in den Abendstunden aber halbamtlich demontiert wurde. Nach ihm verläuft, daß im Ministerrat, der heute morgen stattfindet, die bisherige Gouverneur der Bank von Frankreich, Robineau, seines Amtes enthoben werden soll. An seine Stelle werde der bisherige Direktor der Bank von Algerien, Moreau, treten, der seinerseits durch den bisherigen Untergouverneur der Bank von Frankreich, Picard, ersetzt werden soll. Das Blatt fügt hinzu, daß für den Fall der Amtenhebung Robineaus alle oder mindestens die meisten höheren Beamten der Bank sich mit ihm solidarisch erklären und ihre Demission geben werden. (Das Gerücht ist inzwischen durch Haas bestätigt. Red. d. „A.“)

Der Konflikt zwischen der Bank von Frankreich und den französischen Finanzministern der letzten Monate ist nicht neu. Am 15. Juni hat Pécet seine Demission als Finanzminister gegeben unter dem Hinweis, daß ihm „gewisse Unterstellungen, auf welche die Regierung das Recht habe, zu zählen“ gefehlt hätten. Im Laufe späterer Erklärungen gegenüber seinen Ministerkollegen hat Pécet diesen Satz dahin berichtigt, daß es sich dabei um die Unterstützung der Bank von Frankreich gehandelt habe. Die Bank hatte sich wie erinnerlich gewiegert, mit ihrem Goldbestand oder einem Teil desselben eine französische Auslandsanleihe zu garantieren. Die letzte Krise war also wegen eines Konflikts zwischen der Bank von Frankreich und der Regierung ausgebrochen. Diesmal scheint der Konflikt durch die Regierung schon vor ihrem Erscheinen in der Kammer durch die Amtenhebung des Gouverneurs und des Untergouverneurs gelöst zu werden.

Die Regierung dürfte heute u. a. auch beschließen, am nächsten Dienstag den Antrag auf Vertagung sämtlicher Interpellationen über die Finanzpolitik und zwar auf acht Tage zu stellen. Es sollen nur die Interpellationen über die allgemeine Politik und die Zusammenfassung der Regierung diskutiert werden.

Sollen die Großbanken den Staat erleben?

Paris, 26. Juni. (E.P.) Nach dem „Avenir“ wird der Finanzsachverständigenrat folgende Vorschläge enthalten:

1. Ratifizierung des Washingtoner Schuldenabkommens.
2. Die Verwaltung der schwebenden Schulden soll einem Bankensortium übertragen werden. Diesem Konsortium wäre dem die deutschen Eisenbahnobligationen und Kredite der Bank von im Staatshaushalt ein gewisser Kredit zur Verfügung zu stellen, außer-Frankreich. Das Konsortium hätte in Zukunft die Rückzahlung der nationalen Verteidigungsscheine zu vollziehen.
3. Der Staat wird in Zukunft nicht mehr bei der Bank von Frankreich Zuschüsse verlangen, sondern ebenfalls beim Konsortium. In der Bilanz der Bank von Frankreich würde der Posten „Reue Vorschüsse an den Staat“ verschwinden. Der Betrag der Vorauszahlungen an den Staat wäre also stabilisiert.
4. Das Konsortium ist der Ansicht, daß die gesetzliche Höhe der Banknotenausgabe, d. h. 58 Milliarden, vermindert werden soll. Es empfiehlt eine Banknotenausgabe von 4 1/2 Milliarden Franken.

Das Blatt „Avenir“ ist das Kampforge des Nationalen Blocs und besonders der Millerand-Gruppe und der Schwerindustrie. Es ist also möglich, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Ein solcher Plan würde die Auslieferung wesentlicher Teile der Staatshoheit an das Bankkapital bedeuten, unter dessen Vorzeichen alle Regierungen der letzten Jahre gekämpft haben. Gerade von Caillaux hieß es, daß er diese Tyrannie des Finanzkapitals abschütteln wollte. Die Verwirklichung der oben erwähnten Pläne würde aber die amtliche Sanktionierung dieser Tyrannie bedeuten.

Fortritte im Ruffengeschäft.

Der tote Punkt überwunden?

Das russische Exportgeschäft Deutschlands, das durch die Direktiven von Rykow auf einen toten Punkt gekommen war, obwohl Reich und Länder durch ihre 60prozentige Ausfallsbürgschaft das Geschäft weitgehend gefördert hatten, scheint einen kleinen Schritt weitergekommen zu sein. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Handelsorganen der Sowjetregierung und den Banken konnten bisher nicht beseitigt werden. Durch die Initiative des Reichswirtschaftsministeriums kam es zwischen dem von der Deutschen Bank geführten Bankensortium und den Vertretern Russlands zu einer Einigung. Die Einigung wurde dadurch erleichtert, daß das Reich den Banken für einen Teil des Kredits (etwa die Hälfte der jetzt verfügbaren Summen) Rediskontierung zusagte.

Der für die Finanzierung möglicher Zinsjahre wurde einheitlich festgelegt und beträgt: jeweiliger Reichsbankdiskont zu 1 1/2 Proz. Zinsen und 1,0 Proz. Provision, insgesamt 2 1/2 Proz. Die beiden Parteien hatten bisher noch nicht verhandelt. Die Banken lehnten den russischen Einspruch ab, weil die Finanzierungsbedingungen nur sie und die deutschen Lieferfirmen angingen. Die Russen weigerten sich, Aufträge zu geben, bevor die Zinsfrage gelöst war.

Ob die Einigung die Geschäftsabschlüsse nun fühlbar vermehren wird, steht dahin. Zunächst hat das Bankensortium (9 Großbanken ohne Handelsbankgesellschaft) nur 120 von den 300 Millionen bereit. Wenn der Rest bereitsteht, wird, ist fraglich. Dann ist die russische Auftragvergabe eine Frage der Wirtschaftslage in Russland; auch dann, wenn man die Langfristigkeit der Kredite und der Garantie (2 1/2 bis 4 1/2 Jahre) berücksichtigt. Jedenfalls wird Deutschland darauf zu achten haben, daß die Aufträge sehr bald gegeben werden. Ein Mittel dazu wird sein, daß die Verlängerung der Kreditgarantie nicht erfolgt, wenn die Aufträge nicht bis Ende dieses Jahres getätigt sein werden.

Ein amerikanischer Völkerbund?

Beschluß des Panamerikanischen Kongresses.

Aus New York wird gemeldet, daß der zurzeit in Panama tagende Panamerikanische Kongress eine Resolution annahm, die die Schaffung eines amerikanischen Völkerbundes verlangt. Die amerikanischen Staaten werden aufgefordert, sich zu einer Konferenz einzuberufen, die eine Verfassung ausarbeiten wird. Der Staat Panama soll die Verhandlungen führen und die Panamerika-Union veranlassen, eine schnelle Verwirklichung des Vorschlags zu ermöglichen.

Druckfehlerberichtigung. In unserem heutigen Morgenblatt ist in dem Artikel „Die Lohnsteuer als Zwangspartasse“ die Höhe des deutschen Volkseinkommens mit 30 bis 55 Millionen Mark angegeben worden. Natürlich sind es 50 bis 55 Milliarden Mark, moon 30 bis 36 Milliarden Mark aus Lohnarbeit stammen.

Stillstand des Hochwassers?

Bisher keine Gefahr für den Großschiffahrtsweg. — Erwartung der neuen Flutwelle.

An der Bruchstelle des Oberdamms bei Niedersaaten ist man noch immer mit allen Kräften bemüht, die noch erhaltenen Reste des Damms zu verfestigen und ein weiteres Einreißen zu verhindern. Das Wasserbauamt Schwedt hat insgesamt 400 Arbeiter zur Durchführung dieser Maßnahmen eingesetzt, die in den letzten Tagen abwechselnd durch Reichswehr, Technische Nothilfe und Freiwillige Feuerwehrlinien unterstützt wurden. An ein provisorisches Verschließen des Damms ist bei der gegenwärtigen Lage der Dinge gar nicht zu denken, zumal das Hochwasser seit gestern um weitere 26 Zentimeter gestiegen ist und bis zum heutigen Sonnabend abend voraussichtlich abermals um 5 Zentimeter steigen wird. Ingesamt sind durch diesen Dammsbruch sowie durch einen zweiten Dammsbruch auf halber Strecke zwischen Niedersaaten und Schwedt 22 Quadratkilometer Wiesen und Acker unter Wasser gesetzt. Entgegen anders lautenden Meldungen wird jedoch von den zuständigen Stellen versichert, daß bisher für den Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin eine Gefahr infolge des Hochwassers nicht besteht. Es ist lediglich an einer Stelle eine Sicherung am Deich dieser Wasserstraße eingetreten, die zur Inangriffnahme von Schutzmaßnahmen Anlaß gegeben hat, aber keineswegs gefährlich ist. Im übrigen glaubt das Wasserbauamt Schwedt, daß die bisher getroffenen Vorkehrungen durchaus genügen, falls nicht ganz unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten. Am morgigen Sonntag dürfte das Hochwasser seinen Höchstand erreicht haben und wird dann voraussichtlich, wenn auch nur vorübergehend, etwas fallen. Für den 1. Juli wird aber in der Schwedter Gegend die dritte Hochwasserwelle erwartet, die am 21. Juni von Ratibor abgegangen ist und etwa zehn Tage zur Zurücklegung dieser 600 Kilometer langen Strecke gebraucht. In den ersten Julitagen wäre demnach erneut mit dem augenblicklich erreichten Hochwasserstand zu rechnen. Der durch den Oberdammsbruch angerichtete Schaden läßt sich bisher auch schätzungsweise noch nicht berechnen.

Der Schaden, den die Wassermengen angerichtet haben, ist gewaltig. Allein der Dammsbruch bei Schwedt hat bis jetzt 2 Millionen Mark Volkseinkommen gekostet. Die gesamte Feldfrucht sowie die Heuernte in den betroffenen Gebieten ist größtenteils verloren gegangen. Bei den betroffenen Landwirten herrscht Futtermangel. Die Landräte der Kreise Angermünde und Königsberg (Neumark) inspizieren zurzeit die Unglücksstätten. An der Ausbesserung der schadhaft gewordenen Deichstellen wird in fieberhafter Hast gearbeitet. Mit Sandbänken und riesigen Planen versteift das Hilfsheer den brüchigen Damm. Außer der Bevölkerung ist auch die Schwedter Reichswehrgarnison zur Hilfeleistung herangezogen worden. Wo das Erdreich ins Rutschen gekommen war, wurde es durch Faschinen befestigt. Die Rettungsmannschaften arbeiten unter den erschwerten Umständen und zum Teil bis zur Brust im Wasser. Mehrere große Baggerpumpmaschinen sind in Tätigkeit. Besonders schwer scheinen nächst dem Oberbruch die Niederungen des Barthe- und Repebruchs geschädigt. In einer Breite von mehr als 10 Kilometer sind ganze Dörfer unter Wasser gesetzt. Der Bevölkerung hat sich eine Panik bemächtigt. Zurzeit wird stündlich ein Anwachsen des Wasserspiegels erwartet. Den Verkehr zwischen den Dörfern vermitteln Rähne, die allerdings nicht sehr zahlreich vorhanden sind. Die Eisenbahnlinie nach Schneidemühl, die am Freitag noch sehr gefährdet schien, ist zurzeit wieder außer Gefahr. Jedenfalls braucht der Verkehr nicht mehr eingestellt zu werden.

Frankfurt a. M., 26. Juni. (T.L.) Die Ober ist im Laufe des gestrigen Tages bei einem Pegelstand von 4,67 zum Stehen gekommen und bis zum heutigen Morgen auf 4,60 zurückgefallen. Die Schwellwelle hat gestern früh Frankfurt passiert und dürfte heute das Oberbruch durchlaufen. Küstrin meldet gleichfalls stehenden Pegel. Ein Dammschiff hat in der Nacht zum Freitag dicht vor Küstrin-Altsiedl stattgefunden. Schon Sonntag zeigten sich in der Söriger Chaussee, die am Damm entlang führt, gefährliche Risse. Die Dammwache beobachtete in der Nacht zum Freitag, daß das Erdwerk in 20 Meter Höhe abfiel, da unmittelbar daneben ein drei Meter tiefer Pfuhl liegt. Die entstehenden Risse drohten die Chaussee aufzureißen. Die sofort alarmierten Pioniere gingen sofort an die Arbeit. Die Chaussee Sörig-Küstrin mußte für den Verkehr gesperrt werden. Im Laufe des Nachmittags wurden 70 Wagen Kies, die die Bahnverwaltung zur Verfügung gestellt hatte, angefahren und damit der Dammschiff verhütet, der das gesamte rechte Oberbruch zwischen Küstrin und Frankfurt überflutet hätte.

Keine Gefahr für Magdeburg.

Nicht viel hätte gefehlt so wäre ein Ereignis eingetreten, für das in der Vergangenheit kein Gegenbeispiel zu finden ist: Durch das Hochwasser wäre die Stadt Magdeburg nahezu jeder Verbindung mit dem Osten, besonders mit Berlin, beraubt worden. Diese große Gefahr scheint nunmehr, wenn nicht erneut durch große Niederschläge eine Verschärfung der Wetterlage eintritt, glücklicherweise behoben zu sein. Das Wasser ist nämlich in Magdeburg selbst in der letzten Nacht um 3 Zentimeter gefallen. Immerhin ist die Gesamtlage noch immer äußerst bedrohlich, und besonders

aus den Dörfern und Gütern der Umgebung von Magdeburg laufen fründlich Schreckensnachrichten ein. Die Situation in und um Magdeburg dürfte zur Stunde etwa die folgende sein.

Wer von Berlin und Magdeburg sich nähert und die Strecke einigermaßen kennt, ist erstaunt und entsetzt über die grundlegende Veränderung der Landschaft in den Ebeniederungen. Wo sich früher üppig grünende lichte Wäldchen dehnten, sieht man heute eine endlose, unermeßliche Wasserwüste. Man könnte meinen, an einem uferlosen See zu stehen, wenn sich nicht hier und dort Bäume und Gehölze aus dem Wasser erheben. Die Elbe hat hier eine Breite von 5 Kilometern erreicht. Das einzig Zuerläßliche sind zurzeit noch die Bahndämme. Wenn auch die nicht mehr standhalten sollten, ist Magdeburg vom Osten isoliert. Ungemein verheerend ist die Wirkung des Hochwassers im Magdeburger Stadtpark. Sämtliche Wege sind überflutet. Das Gartenrestaurant Salzquelle ist vollständig unter Wasser gesetzt. Zum Teil liegt der Spiegel des Wassers 1 1/2 Meter über dem Park. Der Ergerplatz steht halb unter Wasser und auch auf dem Flugplatz bilden sich große Wasserflächen. Die größte Gefahr hat man dadurch abgedehnt, daß man das große Wehr bei Pechlin öffnete, so daß sich ein großer Teil des Wassers in den Amflutkanal über Niederitz nach Costau und dort wieder in die Elbe ergießt. Dadurch werden Magdeburg und Schönebeck vor den größten Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe geschützt. Die Gefahr, daß die Deiche aufweichen und das Wasser durchfließen, ist noch keineswegs gebannt. Abgesehen von dem unmittelbar vernichteten Erntevorräten ist das überflutete Gebiet, dessen Größe auf 50 000 Hektar geschätzt wird, durch die sich niederlegenden Schlud- und Schlammmassen auf lange Zeit hinaus unfruchtbar geworden. Es bedarf jahrelanger Arbeit, um das Verlorengegangene wieder zu erlangen.

Eine aussehenseregende Mitteilung verbreitet das „B. Z.“ aus Magdeburg. Danach soll man in Jerichow, wo in einer Länge von 5000 Metern ein Deich überflutet ist, auf das rechtzeitig Entlegende seit Wochen zur Hilfe bereitstehenden Reichsbanner nicht den ausreichenden Wert gelegt haben, während sich die Technische Nothilfe außerstande erklärt hat, den Deich rechtzeitig zu erhöhen.

Reichs- und Landeshilfe für die Geschädigten.

Wie im Preussischen Landtag, so sind jetzt auch im Reichstag von sämtlichen Parteien Anträge eingegangen, um den vom Hochwasser Betroffenen zu Hilfe zu kommen.

Hohen-Neuendorf wieder unter Wasser.

In Hohen-Neuendorf steigt das Grundwasser wieder. Vermutlich steht diese neuerliche Steigung mit den dauernden Regenfällen in Zusammenhang. In wenigen Wochen ist stellenweise in den Kellern das Wasser bis zu einem Meter hoch gestiegen. Das Pumpen hat wenig geholfen. Heute man es abends soweit geschafft, daß der Keller von dem nassen Element geleert war, am andern Morgen stand schon wieder alles unter Wasser. In den Kellern läßt sich daher überhaupt nichts mehr aufbewahren. Sie bieten zum Teil, besonders in dem südlichen Bezirk der etwa 8000 Einwohner zählenden Ortschaft, ein Bild der gräßlichsten Verwüstung. Von den Wänden ist der Putz abgebröckelt, die Balken laulen, sind zum Teil direkt verfault schon, ebenso die Dielen, so daß die darüberliegenden Wohnräume nicht mehr betreten werden können. In der Florstr. haben auf baupolizeiliche Verfügung hin drei Wohnungen geräumt werden müssen, und zwar in den Häusern Nr. 10, 11 und 14. Hier ist das Betreten der unteren Wohnräume mit Einsturzgefahr verbunden. Das Ausbessern der Fußbodendielen hat nichts geholfen. Nach kurzer Zeit waren auch die neuen Dielen wieder faul. Infolgedessen hat man sich große Mühe nicht mehr gegeben. Betritt man diese Wohnungen, strömt einem ein morscher Geruch entgegen, an dem sich gleich erkennen läßt, daß Wasser in der Nähe ist. Es ist schon gefährlich, die Wohnungen zu betreten. Der Fußboden biegt sich, als wenn man über eine Wiese mit Moorgrund geht. Auf verschiedenen Stellen sind die Dielen durchgebrochen, so daß man in den Keller hinabsehen kann. Besonders mitgenommen sieht das Haus Florstraße 10 aus. Ein freundlicher Schupwachmeister in Zivil, der die oberen Räume bewohnt und die Führung übernommen hat, bemerkt mit bissigem Humor, daß der Herr, der vor einigen Wochen hier noch gehohnt hat, des Nachts immer in seinem Keller geangelt hätte. In der Tat wäre das auch ganz auf gegangen, denn wo das Bett stand, befand sich ein solch großes Loch in dem Fußboden, daß man bequem hindurchkriechen kann. In allen Räumen sind diese Löcher und die Stellen, auf die der Fuß nur noch mit Vorsicht gestellt werden kann. Die Wände sind feucht und naß, und von der Decke tropft es.

Neun Jahre leidet Hohen-Neuendorf schon unter diesem Uebel. Die Provinz und der Kreis haben Mittel zur Beseitigung und für erlittenen Schaden hergegeben. Aber diese Summen reichen nicht aus, um die Grundwasserregulierung durchzuführen und den Schaden zu erlösen. Nach dem Borantrag würde die Entwässerungsanlage etwa 1 600 000 M. kosten. In einem Teil der Straßen hat sich mit den bisher vorgenommenen Regulierungsarbeiten das Uebel beseitigen lassen. Die Häuser in der Berliner Straße leiden nicht mehr so sehr darunter, wengleich auch hier in einer Reihe von Kellern noch Grundwasser vorhanden ist und nachfließt. Am schlimmsten sind jetzt noch betroffen die Stolper Straße und die Florstraße. Die Bewohner leben dort in dauernden Kämpfen.

Granatexplosion im Stadion.

Ein Arbeiter schwer verletzt.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich heute früh im Stadion im Grunewald, wo zurzeit an einigen Stellen Erdarbeiten ausgeführt werden. Der 31jährige Arbeiter Alfred Lettow aus der Biemarstraße 42 in Niedersiedenhäusern stieß beim Graben auf eine Granate, die explodierte und den Arbeiter so schwer verletzte, daß er durch die Stadionverwaltung in das Birkowkrankenhaus übergeführt werden mußte. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben, daß es sich bei dem Explosionsgeschloß wahrscheinlich um eine Rebellbombe handelt. Die Arbeiten wurden unterbrochen und durch vorsichtige Untersuchung soll festgestellt werden, ob sich in dem Erdreich noch weitere Explosionsgeschosse befinden.

Den Schwiegerohn in der Notwehr erschossen.

Gestern abend gegen 8 Uhr hat der 65jährige Militär August Kleinert, der in Berlin-Rosenthal, Schönhauser Str. 75 wohnt, seinen auf demselben Grundstück wohnenden Schwiegerohn, den 42 Jahre alten Landwirt Fritz Rathenow erschossen. Rathenow lebte mit seinen Schwiegereltern und seiner Ehefrau gleich nach Beginn seiner Einheirat ständig in Streit und soll seine Schwiegereltern sowohl wie auch seine Frau des öfteren geschlagen haben. Am gestrigen Tage war es wieder zwischen ihm und seiner Frau zu Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf Rathenow seine Frau würgte und auf sie einschlug. Als die junge Frau am Nachmittag sich auf dem Felde befand, machte Kleinert seinem Schwiegerohn Vorhaltungen, worauf dieser seinen Schwiegervater mit einem starken Knüttel bedrohte. In der Notwehr griff Kleinert in der Küche, wo sich die Szene abspielte, zu seinem Jagdgewehr und feuerte einen Schuß auf Rathenow ab. Die Kugel traf

Falkenow in den Kopf und tötete ihn auf der Stelle. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Friedhof geschafft. Der Täter ist vorläufig in Haft genommen worden.

Wiedereröffnung des Museums für Völkerkunde. Heute vormittag um 10 Uhr fand im Beisein der Vertreter der Stadt Berlin, der auswärtigen Mächte und der Länder und der Vertreter der Wissenschaften die Wiedereröffnung des Museums für Völkerkunde statt. Kultusminister Dr. Becker hielt die Eröffnungsrede. Er dankte der Museumsleitung des Museums für die große Arbeit, die sie durch die Umgestaltung geleistet hat. Aus einem veralteten Bau ist ein modernes Museum geschaffen worden, das vor allem nach dem Prinzip der Uebersichtlichkeit geordnet ist. Man hat alle Objekte, die nur die wissenschaftliche Forschung interessieren, aus der öffentlichen Schauammlung entfernt, die jetzt ein klares Bild über die Entwicklung der asiatischen, amerikanischen und exotischen Völker vermittelt. Nach Dr. Becker sprachen Oberbürgermeister Böck, Prof. Dr. Müller, der Leiter der asiatischen Abteilung des Völkerkundemuseums, und Prof. Dr. Thilenius als Vertreter der auswärtigen Museen für Völkerkunde. Der Madrignachor sang am Schluß „Wachet auf“ aus dem dritten Akt der „Meisterfänger“. Ein Rundgang durch das Museum folgte.

Zeugen gesucht. Am dritten Pfingstfeiertag (25. Mai), abends kurz nach 8 Uhr, wurde ein Arbeiter an der Prinzenallee (Ecke Soldiner Straße) von einem Kraftwagen überfahren und schwer verletzt. Zeugen dieses Vorfalles werden dringend gebeten, ihre Adresse an Frau Rieper, Berlin-Johannisthal, Friedrichstr. 38, mitzuteilen.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

125.—130. Abt. Sonntag. Freitag, Sonnabend 7 1/2 Uhr bei Bohne, Molanstraße wichtiger Verhandlung mit den Abteilungsleitern. 200 Genossen müssen unbedingt erscheinen.

